

# Rechte Freunde

**Populismus** Offiziell bemüht sich die AfD um Distanz zu Radikalen. Aber gerade im Osten sehen viele Parteifunktionäre die Pegida-Bewegung und neurechte Denker als natürliche Verbündete.



JOHANNES GRUNERT

**AfD-Vordenker Kubitschek:** Den Protest flüssig halten

An diesem Maiabend in Magdeburg ist das ganze rechte Spektrum in Deutschland vertreten: die AfD, der Straßenprotest, die Intellektuellen und ihre Medien. Auf Einladung von Jürgen Elsässer, Chefredakteur des Kampfblatts „Compact“, liest Akif Pirinçci aus seinem neuen Werk. Der türkischstämmige Skandalautor („Deutschland von Sinnen“, „Die große Verschwulung“) präsentiert in der Magdeburger Eventhalle sein neues Buch „Umvolkung“, erschienen im Verlag des rechtsnationalen Vordenkers Götze Kubitschek.

Das Publikum ist durchgehend deutsch, Männer wie Frauen, wenige Rentner, viele im Studententaler. Schon in der Schlange vor dem Eingang begrüßen sich Gäste mit Winken und Handschlag. Man kennt sich von den Demos, von Pegida, Magida, Legida, Thügida, und natürlich von Kundgebungen der AfD. Die Partei ist ebenfalls präsent, direkt neben dem Einlass hat sie einen Werbeposten mit Flyern („Es reicht!“) und Mitgliedsanträgen aufgestellt.

Nach der holprigen Lesung Pirinçcis, nach seinen Tiraden gegen „staatlich geprüfte Ziegenhirten aus Pakistan“ oder die „familiäre Fuck-and-Forget-Strategie“ der Afrikaner, hat Verleger Kubitschek noch mal das Wort. Alle müssten nun mitma-

chen, ruft er dem Publikum zu: „Ich sehe bei Ihnen allen eine Mitteilungs- und Vernetzungspflicht“, und „bei der AfD eine absolute Organisations- und Strukturierungspflicht“. Die Partei sei „nur ein Baustein in diesem Widerstandsgebäude, das wir zu errichten haben“. Für das gemeinsame Ziel sollten alle nach „ordentlicher Arbeitsteilung“ anpacken: „Im Organigramm des Widerstandsmilieus findet sich jeder in irgendeiner Weise wieder.“

Die Rechte als monolithische, schlagkräftige Organisation – das ist nicht nur Kubitscheks Traum. Vor allem im Osten ist die Rechtsfront vielerorts Realität. Vertreter von AfD, Pegida und Rechtsintellektuellen tauschen sich aus, marschieren gemeinsam, wollen den Protestmob, die Politiker und die Denker zu einer Einheit verschmelzen. „Pegida ist ein Katalysator für uns“, sagt Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, der jüngst einen Pegida-Organisator als Redner eingeladen hatte und dies selbst ein „wichtiges Signal“ nennt. Auch Höckes Kollege aus Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, sieht den „Schulterschluss“ von Pegida und AfD als längst vollzogen an.

Der Kurs ist heikel, denn ein Bündnis würde die AfD haftbar machen für jedes Hass-Transparent, jede wirre völkische Pa-

role, sogar für die jüngste Pegida-Hetze gegen Fotos dunkelhäutiger Kinder auf Schokoladenpackungen. Deshalb will AfD-Chefin Frauke Petry eine Partnerschaft unbedingt verhindern. Aber die Bundesvorstände sind zu zerstritten, um entschlossen zu handeln. Viele fürchten auch, ein Anti-Pegida-Kurs könnte Wähler verprellen, vor allem im Osten, wo die AfD derzeit Zustimmungswerte um 20 Prozent einfährt.

Also verfolgt man einen Mittelweg: Vergangene Woche beschloss der Vorstand, „dass AfD-Mitglieder weder als Redner noch mit Parteisymbolen bei Pegida-Veranstaltungen auftreten sollen“. Auch „Redeauftritte von Pegida-Vertretern und Pegida-Symbole auf AfD-Veranstaltungen lehnen wir ab“. Sogar dieser eher weiche Beschluss, der weder explizite Verbote noch Sanktionen enthält, stößt auf harten Widerstand im rechten Parteimilieu.

„Der Beschluss widerspricht dem Geist der AfD seit dem Essener Parteitag“, klagt Hans-Thomas Tillschneider, Abgeordneter in Sachsen-Anhalt und Chef der „Patriotischen Plattform“ in der AfD. In Essen habe doch Frauke Petrys Lebensgefährtin Marcus Pretzell noch die AfD zur Pegida-Partei ernannt. „Der Beschluss des Vorstands ist ein Rückschritt“, sagt Tillschneider. „Er erfüllt einen Herzenswunsch von Bernd Lucke, der stets auf Distanz zu Pegida ging.“

Tillschneider sucht gezielt die Nähe zu den Dresdner Protestlern, erst kürzlich trat er vor ihnen auf. „Liebe Kameraden! Deutsche!“, rief der Islamwissenschaftler von der Bühne: „Ohne Pegida stünden wir nicht dort, wo wir heute stehen. Pegida hat den Boden für eine neue Islampolitik der AfD bereitet.“

Da Tillschneider solche Auftritte weiter bestreiten will, wird die Patriotische Plattform den Vorstandsbeschluss vor dem Parteischiedsgericht angreifen. Die AfD-Richter sollen klären, ob die Bundesspitze Kontaktverbote zu Pegida verhängen darf und was geschieht, wenn man sie ignoriert.

Es ist fraglich, ob ein Bruch mit Pegida der AfD nutzen würde. Umfragen von 2015 zeigen, dass bei den Sympathisanten der Rechtspartei das Verständnis für die Märsche der Islamgegner besonders groß ist. „Es gibt quer durch die Republik ein einheitliches ideelles Pegida-AfD-Milieu“, berichtet der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt, „obwohl beide nicht organisatorisch verflochten sind und es in Westdeutschland fast keine Demonstrationen gibt.“ Was die Anhänger beider Gruppen

verbinde, sei die Sorge vor Überfremdung und Islamisierung. „Die AfD steht für Pegida in der Wahlkabine, Pegida verkörpert die AfD auf der Straße“, fasst Patzelt zusammen.

Die Frage ist allerdings, was die langfristige Folge einer offiziellen Partnerschaft wäre. Der Ton der rechten Demonstranten wird schärfer, die Ausfälle gegen Flüchtlinge, die angeblich nur nach Deutschland kämen, um zu vergewaltigen („Rapefugees“) oder die Scharia einzuführen („Invasoren“), werden drastischer.

Tatsächlich hat sich die Runde der „Spaziergänger“ zum bräunlichen Sammelbecken entwickelt. Unter die Dresdner Demonstranten, angeführt vom mehrfach vorbestraften Lutz Bachmann, mischen sich

Auch Björn Höcke findet, man sollte den Pegida-Beschluss der AfD-Spitze „nicht allzu hoch hängen“: „Erfahrungsgemäß geht die Zeit über viele Parteibeschlüsse schnell hinweg. Es ist alles ins Rutschen gekommen.“ Höcke und sein Seelenverwandter Kubitschek haben aus ihrer Verachtung des politischen Establishments nie einen Hehl gemacht. Sie sehen Parteien als Zerrspiegel des Bürgerwillens, als Machtapparate, die den Charakter verderben und nur dem Streben nach Posten dienen. Höcke wie Kubitschek wollen die Protestbewegung durch Demonstrationen „flüssig halten“. Die Rechtsdenker scheinen das Prinzip von George Orwells „1984“ zu verfolgen: „If there is hope, it lies in the proles“ – die letzte Hoffnung gegen das System, gegen

gen Petry. Diese Partei könnte die Radikalen an sich binden, dann wäre die AfD sie los.

Auch Marc Jongen, eine Art Hausphilosoph der Partei und Schüler Peter Sloterdijks, lobt den Beschluss des Bundesvorstands und warnt vor zu viel Nähe zum plumpen Protestmilieu. „Es gibt zwar unbestreitbar inhaltliche Überschneidungen mit Pegida. Wir müssen aber darauf achten, dass wir als AfD ein deutlich unterscheidbares Profil behalten“, sagt Jongen. „Über Pegida habe wir keine Kontrolle, darum ist eine gewisse Distanz geboten.“

Vor der Bundestagswahl wird die AfD ihr Verhältnis zum rechten Rand klären müssen. Erste Vorbereitungstreffen finden bereits statt: Vor einigen Wochen reiste Jongen nach Merseburg in Sachsen-Anhalt.

immer wieder Hooligans und NPD-Aktiven, und auch bei Ablegern wie Magida (Magdeburg) oder Pogida (Potsdam) spazieren Extremisten gern mit. Die Radikalisierung scheint noch nicht abgeschlossen. „Auf die Dauer dürfte es für jede politische Bewegung gefährlich sein, sich das Pegida-Etikett anzuhaften“, warnt Patzelt.

Für die AfD verbirgt sich hinter der Pegida-Frage auch noch die Richtungsfrage, wie bürgerlich man nach Luckes Abgang sein will. Ist die AfD eine Partei für das „Pack“ (Sigmar Gabriel) oder für Akademiker? Oder lässt sich beides vereinen?

Bei diesem Thema sind die AfD-Strategen alles andere als einig. Alexander Gauland etwa propagiert von jeher, die AfD müsse „Partei der kleinen Leute“ sein. Gauland ging früh als Beobachter zu den Dresdner Demonstrationen; als der Pegida-Abgrenzungsbeschluss im Vorstand zur Abstimmung stand, enthielt er sich.

Merkel und den Parteienstaat ist ein Märschenaufstand der einfachen Leute.

Vor einem Jahr gründete Kubitschek die Bewegung „Ein Prozent für unser Land“, die von der Prämisse ausgeht, Deutschland lasse sich verändern, wenn nur ein Prozent der Bürger mitmachen – egal wie gebildet, gemäßigt oder radikal sie sind. Flyer der Ein-Prozent-Bewegung tauchten im Landtagswahlkampf öfter auf AfD-Veranstaltungen auf. Und soeben ließ sich Höcke als Redner einladen bei dem Forum „Herkules Kreis“, das alle vereinen will: AfD-Mitglieder, Ein-Prozent-Aktiven und politisch Interessierte.

Doch es gibt Kräfte in der AfD, die nicht an die Macht der Straße glauben. Frauke Petry etwa lehnt nach anfänglichen Kontakten jeden Umgang mit Pegida ab. Anders als Höcke fürchtet sie offenbar auch nicht die Gründung einer Pegida-Partei. Das sollten die ruhig machen, zitieren Vorstandskolle-

Hier fand in einem Wirtshaus unweit des Doms erstmals ein konspiratives Abendessen zwischen AfD-Spitzenleuten und der neuen Rechten statt. Auf Vermittlung von Björn Höcke trafen sich Jongen und AfD-Vize Alexander Gauland mit Götz Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka.

Bernd Lucke hatte solche Kontakte vehement abgelehnt und die Frage der Parteimitgliedschaft von Kubitschek und Kositzka zum Casus Belli erhoben. Heute ist die Aufnahme von Ellen Kositzka für die AfD-Spitze kein großes Thema mehr, und Marc Jongen erinnert sich gern an den „fruchtbaren Gedankenaustausch“ mit dem „rechten Dissidenten“ Kubitschek. Der übertreibe zwar bei manchen Fragen, aber das gehe wohl nicht anders: „Es braucht großen Eigensinn, um so viele Jahre gegen den Zeitgeist zu arbeiten. Erst jetzt dreht der Wind in seine Richtung.“

Melanie Amann